

## IN DIESER AUSGABE:

Busverkehr in MOL  
gefragt

Seite 2

Panzer schaffen  
keinen Frieden

Seite 3

Altanschießer könnten  
Beiträge zurückerhalten

Seiten 3

Gedenken in Kienitz

Seite 4



**Kerstin Kühn**

Direktkandidatin der LINKEN zu den  
Bundestagswahlen im Wahlkreis 59

Klassen-Medizin, die mehr und mehr zum Geschäft verkommt, muss überwunden werden. Es darf nicht sein, dass wichtige Therapien und Maßnahmen nur von Vermögenden aus privater Tasche geleistet werden können.“ Aus ihrer Tätigkeit als Anwältin kenne sie unzählige Verstöße gegen das Gleichheitsprinzip.

### Armutszeugnis für Deutschland

In Deutschland leite sich der Sozialstaatsgedanke aus Artikel 20, Absatz 1 Grundgesetz ab. Demnach soll dem Bürger eine existenzsichernde Teilhabe an den materiellen und geistigen Gütern der Gemeinschaft garantiert werden, das heißt eine Mindestsicherheit für ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Selbstachtung. Ist dem so? Kerstin Kühn verweist auf eine aktuelle OECD-Studie. Darin wird Deutschland attestiert, dass in einem der

Gemüse werden zu Luxusgütern, die sich von Armut Betroffene nur selten leisten können. Als mögliche Folgen beobachten die Tafeln Mangelernährung, hohe Krankheitsanfälligkeit, soziale Isolation und Suchtprobleme. Sie unterstützen regelmäßig bis zu 1,5 Millionen Bedürftige, deren Zahl ständig steigt, 23 % Kinder und Jugendliche, 53 % Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (v. a. ALG-II-Empfänger und Migranten) und ca. 24 % Rentner. In Deutschland gibt es immer mehr Armut und nicht weniger.

Die Bundestags-Kandidatin macht auf die Einschätzung der LINKEN in ihrem Programm-Entwurf zu den Bundestagswahlen im September aufmerksam: „Statt Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, werden Erwerbslose drangsaliert. Hohe Erbschaften und Vermögen werden nicht

## Welttag der sozialen Gerechtigkeit – Zwei-Klassen-Medizin beseitigen

**Jedes Jahr am 20. Februar fordern weltweit engagierte Menschen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit lautstark ein und machen auf Ungleichheit in der Gesellschaft aufmerksam. Der Aktionstag wurde 2007 von der UNO mit dem dringenden Appell proklamiert: „Soziale Gerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben aller Nationen. Sie gehört zu den wichtigsten globalen Aufgaben, um Entwicklungsprozesse und die Würde des Menschen zu stärken.“**

„Ehrlich, solidarisch, gerecht!“ – genauso und dafür will sich Kerstin Kühn von den LINKEN künftig auch im neuen Bundestag engagieren. Anlässlich des Aktionstages unterstreicht sie: „Mir geht es vor allem um eine gerechte Gesundheitspolitik, unabhängig vom Geldbeutel Kranker und Pflegebedürftiger. Die Zwei-

wohlhabendsten Länder der Welt die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen größer als in vielen anderen Industriestaaten ist. Es werde mehr Verteilungsgerechtigkeit gebraucht, heißt es darin. Die stetig zunehmende Ungleichheit sei nicht nur eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sie schade auch der ökonomischen Entwicklung. Die Politik müsse sicherstellen, dass wohlhabendere Privatleute, aber auch multinationale Firmen ihren Anteil an der Steuerlast bezahlen. Noch nie in der Geschichte der OECD sei die Ungleichheit in Deutschland so hoch wie heute. Kritisiert wird besonders die starke soziale Benachteiligung im Bildungssystem, die hohe Kinderarmut und eine unzureichende Förderung von Langzeitarbeitslosen.

### Zahl der Bedürftigen steigt

Die deutschen Tafeln schätzen konkret ein: Frisches Fleisch, Milch, Obst und

gerecht besteuert. Deshalb fehlt Geld für Schulen, Gesundheit, Schwimmbäder und Bibliotheken. Viele Rentnerinnen und Rentner können von ihrer Rente nicht leben; in Zukunft wird das die Mehrzahl der Menschen betreffen, die heute berufstätig sind.“

### Solidarische Politik ist notwendig

„Wir LINKEN setzen uns im Alltag und im Parlament konsequent für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Notwendig sind eine weitere kräftige Erhöhung der Löhne, auch des Mindestlohns und die drastische Einschränkung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung. Ebenso brauchen wir eine massive Ausweitung öffentlicher Investitionen. Bei der Bundestagswahl entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, ob künftig solidarische Lösungen das Leben vieler verbessern. Und das ist dringend notwendig“, so Kerstin Kühn. r. a.

## Busverkehr sehr gefragt

Geladen hatte die LINKE Petershagen/Eggersdorf, gekommen waren Anfang Januar von Hoppegarten bis Strausberg zahlreiche sachkompetente Gemeindevertreter, Bürgerinitiativen, Beigeordnete und Amtsleiter. Bernd Sachse, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Kreistages Märkisch-Oderland informierte über die Verkehrsleistung des neuen Bus-Betreibers im Landkreis. Seit 1. Januar 2017 hat die Rhenus-Veniro-Tochter Regionalbus Zwickau den größten Teil des Busverkehrs übernommen. Das betrifft 35 Linien im berlinnahen Raum. Dass die insgesamt 1400 Haltestellen im Landkreis nicht sofort alle mit dem Logo des neuen Betreibers und mit neuen Fahrplänen ausgestattet sind, ist nachvollziehbar. Auch die Probleme mit den richtigen Telefonnummern für z. B. den Rufbus sowie den reibungslosen Transport von Schulkindern gehören

hoffentlich zu Übergangsproblemen. Positiv sei, dass jetzt 12 Prozent mehr Leistung angeboten werden. Enthalten sind nunmehr Linien, die zuvor durch die Gemeinden ganz oder teilweise finanziell unterstützt wurden. Ob die vertraglich vereinbarten Leistungen auch eingehalten werden, wird der Wirtschaftsausschuss künftig kritisch begleiten, Stichworte dabei sind auch Pünktlichkeit und Barrierefreiheit.

In der sehr konstruktiven Diskussion gab es viele konkrete Vorschläge wie das Verlegen von Haltestellen und die Änderung von Linienführungen. Besonders die Verbesserung des Service für die Fahrgäste, eine gute Information und Kommunikation seien notwendig. Wünschenswert wären auch die Vernetzung der Informationssysteme S-Bahn und Bus, vor allem bei Störungen, die Verspätungen zur Folge haben. Auch eine Erhöhung der

Taktfolgen der Busse wäre wünschenswert, insbesondere morgens und abends als Zubringer zur S-Bahn. Ideal wäre, der Fahrgast würde mit jedem Bus auch eine S- oder Regionalbahn und umgekehrt erreichen. Das hätte auch den Ausbau der S-Bahn zum 10 Minuten Takt bis Strausberg zur Konsequenz. Die preiswerte Variante wären dabei Ausweichstellen statt des komplett zweigleisigen Ausbaus. Von Strausberg Vorstadt nach Strausberg Nord werde es bereits praktiziert. Ziel aller Bemühungen muss sein, weg vom Individualverkehr hin zum ÖPNV, besonders der Umwelt zu Liebe. Machen sie mit!



Wilfried Hertel  
Vorsitzender DIE LINKE  
Petershagen/Eggersdorf



## Ehrennadel Buckows für Reiner Pawliczok

### Aus der Laudatio

Reiner Pawliczok erhält am 14. Januar 2017 die Ehrennadel der Stadt Buckow für sein unermüdliches Engagement zur Entwicklung dieser Stadt. Es ist mir eine Ehre, die Laudatio dafür halten zu dürfen.

Seit nunmehr 45 Jahren setzt sich Reiner Pawliczok aktiv ein für die Interessen der Bürger unserer Stadt als Ratsmitglied, verantwortlich für Jugend und Sport, von 1972 bis 1989, als Elternbeiratsvorsitzender der Bertolt-Brecht-Oberschule von 1974 bis 1989 und in dieser Zeit als Impulsgeber und Begleiter des Schulneubaues am Weinbergsweg. Wenn jemand nach den Plänen für diesen Neubau fragen sollte, Reiner hat sie noch – wie überhaupt er über eine wahre Schatzkammer mit Dokumenten zur jüngeren Historie unserer Stadt verfügt. 1989 war Reiner Pawliczok aktives Mitglied des in Buckow breit aufgestellten und auf raschen Konsens orientierten Runden Tisches. Gern erzählt er von der ersten Demo damals zur Enteignung der FDJ-Schule in der Berliner Straße 40, von der Grundstücksübertragung an die Stadt und dem folgenden Einzug der Kita. Er hat sich zudem sehr für eine altersgerechte Sanierung des Wohngebäudes auf diesem Gelände eingesetzt. In seine Zeit



— Reiner Pawliczok —

als Stadtverordneter in den Wendejahren fielen wesentliche Grundsatzbeschlüsse zur Stadtentwicklung wie zur Reha-Klinik. Dazu gehören aber auch die ersten sehr leidvollen Erfahrungen mit Investoren, konkret zum Bau eines Blockheizkraftwerks, die er als Mitglied im Aufsichtsrat dieses Kraftwerks hautnah miterlebte.

Ab 1993 übernahm Reiner Pawliczok den Vorsitz der PDS und später der LINKEN in Buckow. Für ihn und für viele Buckower Bürger war und ist – moralisch gesehen – wichtig, dass Reiner seine politische Gesinnung nicht gewechselt hat und zu seinen sozialistisch-demokratischen Prinzipien steht. Das und seine praktisch-politische Arbeit im Interesse der Stadt werden ihm hoch angerechnet. Und heute noch ist er berufener Bürger in verschiedenen Ausschüssen der SVV – derzeit im Finanz- und Bauausschuss. Zugleich ist er im Angler-

verein, dem Heimatverein und in der Volkssolidarität aktiv. Wie stark sein Herz für die Volkssolidarität schlägt, zeigt Reiners Entscheidung zur kommissarischen Übernahme des Vorsitzes der Ortsgruppe Buckow mit 90 Mitgliedern vor einigen Jahren. Reiner beteiligt sich aktiv an vielfältigen Veranstaltungen in der „Märkischen Schweiz“ wie dem Sommerfest, im Übrigen auch als einfühlsamer DJ. Für seine langjährige Tätigkeit in der Volkssolidarität erhielt er 2011 – völlig zu Recht – die Ehrenurkunde des Landesverbandes und im letzten Jahr die Ehrennadel in Silber des Bundesverbandes, die zweithöchste Auszeichnung der Volkssolidarität überhaupt.

Erwähnt sei auch sein nachahmenswertes Beispiel konkreter Nachbarschaftshilfe. Seit nunmehr sechs Jahren betreut Reiner jeden Tag ca. eine halbe Stunde (!) seinen älteren Nachbarn, der schlecht zu Fuß ist. Einfühlsam, uneigennützig, sozial engagiert, bescheiden, unermüdlich, in die Verantwortung gehen, wenn Not am Mann ist – das ist Reiner Pawliczok!

Lieber Reiner, ich darf – glaube ich – im Namen aller hier Dir und Deiner Frau Monika ein langes, gesundes Leben wünschen und Dir viel Schaffenskraft zur Fortsetzung Deines Wirkens zum Wohle der Stadt Buckow.

Glück Auf!

Dr. Gerhard Richter  
Stadtverordneter in Buckow  
DIE LINKE





# Panzer schaffen keinen Frieden

**I**m Januar wurden Gefechtsfahrzeuge und Panzer für 4 000 US-Soldaten von Bremerhaven u. a. durch Brandenburg nach Osteuropa, vor allem Polen, verlegt. Die Bundeswehr übernahm die Logistik dieser Militäroperation. Dagegen gab es massive Proteste. Auf Kundgebungen der LINKEN am 12. Januar in Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde unterstrich der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord:

Für uns LINKE ist die Losung, dass vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, eine historische Verpflichtung. Aufrüstung ist der falsche Weg. Ein kollek-

tives System für Frieden und Sicherheit in Europa lässt sich nicht durch Säbelrasseln und Wettrüsten erreichen, sondern durch die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen.

„Atlantic Resolve“ ist kein Alleingang der Amerikaner. Sie ist Teil der NATO-Strategie, verstärkt militärische Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedstaaten und Partnerländern zu zeigen. Doch diese Machtdemonstration birgt eine große Gefahr, sie beschleunigt eine gefährliche Spirale der Militarisierung.

Der Nachrichtensender n-tv schreibt mit Bezug auf eine Studie des früheren Bundes-

wehr-Oberst Wolfgang Richter für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP):

„Der Kreml sehe sich durch die Abschreckungspolitik der NATO in seiner Wahrnehmung bestätigt, dass die wahre Aggression vom Westen ausgehe, angefangen bei der NATO-Osterweiterung, dem teilweise schon umgesetzten US-Raketenabwehrschild in Tschechien und Polen sowie dem zeitweisen Flirt einiger NATO-Staaten mit dem Kaukasusstaat Georgien. Auch beim Völkerrecht ist aus russischer Sicht kein Verlass auf den Westen: So waren weder die militärische Intervention im Kosovokrieg 1999 noch der Einmarsch im Irak 2003 oder der Sturz des libyschen Diktators Gaddafi von den Vereinten Nationen beschlossen.

Das erklärt auch, warum der Kreml seinerseits die Grenzziehungen in seinem globalen Umfeld als flexibel betrachtet – von der Annexion der Halbinsel Krim über die Unterstützung der Unruhen in der Ostukraine bis hin zur Finanzierung von Separatistenstaaten wie Transnistrien und Südossetien. So ist die große Roadshow der US-Armee in Osteuropa kein Zeichen westlicher Stärke und Geschlossenheit. Sie ist vor allem Ausdruck der Sprachlosigkeit und gegenseitigen Misstrauens.“

In einer Phase der Destabilisierung kann eine bloße Drohgebärde schnell als echter Angriff missverstanden werden, und es ist nur noch ein kleiner Schritt zu einem großen Konflikt, den eigentlich niemand wollen kann. Deshalb fordern wir hier und heute klar und unmissverständlich, die Spirale der Aufrüstung, des Säbelrasseln und der Bedrohung muss gestoppt werden und dazu gehört, dass die Spirale der Aufrüstung, also auch das aktuelle NATO-Manöver gestoppt werden muss!

## Altanschießer könnten Geld zurückerhalten

Brandenburg will für alle Wasserverbände für einen Zeitraum von bis zu 30 Jahren zinslose beim Land abrufbare Darlehen bereitstellen. Diese würden jeden Wasserverband, unabhängig von seiner konkreten Situation, in die Lage versetzen, alle im Zusammenhang mit der Altanschießerproblematik eingenommenen finanziellen Mittel zurückzuzahlen. Der diesbezügliche Erlass ist beim Land in Arbeit. Das berichtete Ralf

Christoffers, Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE, bei einem Treffen im Januar in Strausberg. Zu diesem hatte der Landtagsabgeordnete in unserem Wahlkreis, Marco Büchel, eingeladen. Christoffers bestätigte, dass dieser Schritt, den DIE LINKE als kleinerer Koalitionspartner in zähem Ringen erreichen konnte, eigentlich viel zu spät erfolgte.

Der Beratung war ein Brandbrief des Stadtvorstandes Strausberg der LINKEN u. a. an ihre Landtagsfraktion Brandenburg vorausgegangen.

Auf Nachfrage, warum das Land nicht direkt an die betroffenen Wasserverbände Geld zahle, erläuterte Christoffers, dass für einen solchen Fall die nicht betroffenen Wasserverbände mit Klage wegen Ungleichbehandlung gedroht hätten. Das seien die Verbände,

welche keine Anschlussbeiträge erheben und alle Kosten über die Gebühren umlegen.

### Vertrauensverlust bei Bürgern

Mehrere Teilnehmer der Gesprächsrunde machten ihrem Unmut über die entstandene Situation emotional und rational Luft. Kritisch angemerkt wurde, dass die LINKE nach ihrer Oppositionszeit und ihrem Eintritt in die rot-rote Landesregierung das Thema nicht mehr konsequent genug angegangen sei. Das hätte zu einem Vertrauensverlust geführt, nicht nur bei Altanschießern. Gleichzeitig wurde deutlich, dass das von der Stadtfraktion Strausberg der LINKEN maßgeblich angeregte Mandat für die Bürgermeisterin, im Wasserverband für die Aufhebung aller Bescheide zu stimmen, durchaus von den Bürgern honoriert werde.

Das zu lösende Problem besteht darin, dass es bestandskräftige Bescheide an Bürger gibt, welche, im Vertrauen auf gesetzeskonformes Handeln des Landes und der Wasserverbände, nicht weiter geklagt haben. Wenn diese Bescheide aufgehoben werden, könnte nun jeder aus der Sicht der Gleichbehandlung die Aufhebung seines Bescheides – auch zu anderen als Al- →



v.l.n.r. Marco Büchel, Volkmar Schubert, Ralf Christoffers, Christian Steinkopf

## Bürgerbüros

### Thomas Nord (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
thomas.nord@bundestag.de  
www.thomas-nord.de

### Bettina Fortunato (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

### Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro  
Bad Freienwalde**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon: (0 33 44) 33 45 41  
**Bürgerbüro Strausberg**  
Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
Persönl. Sprechzeiten:  
1. und 3. Mo. im Monat  
Bitte VORHER telefonisch anmelden.  
info@marco-buechel.de  
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:  
Di. 9 – 11 Uhr

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

## Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:  
1. März 2017

## Erscheinen

der nächsten Impulse:  
15. März 2017

## Fortsetzung v. S. 3

tanschließberfragen – verlangen. Dieses Risiko besteht zweifellos. Jedoch haben bereits Wasserverbände wie in Bernau und Bad Freienwalde – diesen Tatbestand im Blick – bestandskräftige Bescheide aufgehoben und alle durch die Altanschließerproblematik eingenommenen finanziellen Mittel zurückgezahlt. Die Gemeindevertretungen der im Wasserverband vertretenen Kommunen müssten beschließen, ihre Vertreter im Wasserverband zu beauftragen, wie Bernau zu handeln und dazu ggf. die vom Land avisierten Mittel anzufordern, wenn sie denn bereitgestellt sind. Das würde der übergroßen Mehrheit der betroffenen Bürger das Gefühl geben, dass ihnen späte Gerechtigkeit widerfährt. Dazu sollten sich die betroffenen Kreisverbände und Fraktionen der LINKEN positionieren, um – wenn auch spät – Vertrauen zurückzugewinnen.

Lutz Amsel, Strausberg

## T E R M I N E

- „Im Gespräch“ ist **Sinje Kätsch**, Donnerstag, **16. Februar**, 15 Uhr, im LinksTreff Seelow, Breite Straße 9, 15306 **Seelow**. Mit ihrem Film vermittelt sie einen Eindruck vom Überlebenskampf der Moorsoldaten in einem KZ in Norwegen.
- **Bundestagsabgeordneter Thomas Nord** spricht über internationale Beziehungen und den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, Mittwoch, **1. März**, 18 Uhr im Haus der Generationen, Lindenallee 12, 15366 **Hoppegarten**.
- **Aschermittwoch** mit der LINKEN am Mittwoch, **1. März**, 19 Uhr in der Aula FAW, Elbestr. 1, 15370 **Petershagen**.
- **Zu einer Lesung mit Gisela Steineckert** anlässlich des Internationalen Frauentages lädt DIE LINKE am Samstag, **11. März**, 14.30 Uhr ein, Haus der Generationen, Lindenallee 12, 15366 **Hoppegarten**. Auch Männer sind gern gesehen.
- **Zu einer Frauentags-Feier** mit Kaffee und Kuchen lädt DIE LINKE am **11. März**, 15 Uhr, ins Haus Bötze, Altlandsberger Chaussee 81, 15345 **Eggersdorf** ein. Am 8. März verteilen die Genossen Blumen an Mitarbeiterinnen in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas und Schulen.
- **Die Kreistagsfraktion DIE LINKE** Märkisch-Oderland berät u. a. über die Schulentwicklung, Samstag, **18. März**, 9 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle, Große Straße 45, 15344 **Strausberg**.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.** : Bettina Fortunato  
Tel. 0 33 41-31 17 96

**E-Mail** : renete@adolph.de

**Redaktion** : Renate Adolph

**Layout u.** : Fortunato Werbung  
**Satz** : www.fortunato-werbung.de

**Fotos/** : DIE LINKE. MOL,  
**Grafik** : privat



## Gedenken in Kienitz

Es ist eine gute Tradition, am 31. Januar im Letschiner Ortsteil Kienitz der Errichtung des ersten Brückenkopfes der Roten Armee zum Ende des Zweiten Weltkrieges diesseits der Oder zu gedenken – nicht zuletzt auch durch das jahrelange Engagement des Letschiner Ortsverbandes DIE LINKE. An diesem Tag vor zweiundsiebzig Jahren wurde Kienitz als erster Ort auf heute deutschem Boden vom Hitlerfaschismus befreit. Auch in diesem Jahr versammelten sich rund sechzig Letschinerinnen und Letschiner sowie Gäste aus der Region am Panzerdenkmal in Kienitz, um die gefallenen sowjetischen Soldaten zu ehren. Neben dem Letschiner Bürgermeister, Michael Böttcher, Landrat, Gernot Schmidt, und einem Vertreter der russischen Botschaft sprach auch Kerstin Kühn, unsere Direktkandidatin im Wahlkreis 59 für die Bundestagswahl, zu den Versammelten. Sie betonte, dass zum Gedenken auch die eindringliche Mahnung gehört, so furchtbares Geschehen nie wieder zuzulassen. Gerade auch angesichts dessen, dass vor wenigen Tagen NATO-Panzer in Richtung auf die russische Grenze das Land Brandenburg passierten. Wie sie legten am Denkmal unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, Bettina Fortunato, und der Letschiner Ortsverband der LINKEN ein Blumengebinde nieder.

Stephan Schoenemann  
DIE LINKE Letschin



Prof. Dr.  
Erich Rübensam 2005

### Prof. Dr. Erich Rübensam

Der bedeutende Agrarwissenschaftler Prof. Erich Rübensam ist verstorben. Er war langjähriges Mitglied der linken Partei und lebte in Waldsiedersdorf.

Von 1951 bis 1967 leitete er das Müncheberger Institut für Ackerbau und Pflanzenzüchtung. Er leistete sehr viel für Müncheberg als einen Standort herausragender Agrarwissenschaft. Dauerfeldversuche, die seinerzeit angelegt wurden, haben heute einen hohen Stellenwert. Die wertvollen Langzeitdaten werden für wissenschaftliche Untersuchungen zur nachhaltigen Bodennutzung, klimarelevanten Forschung und Bioökonomik auch im Ausland nachgefragt.

„Die Geschehnisse im letzten Jahrzehnt haben mich bestärkt in meinem unerschütterlichen Engagement für sozialistische Ideale, insbesondere für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sowie in der Überzeugung, dass ein Gesellschaftssystem nicht das letzte Wort sein kann und darf, in welchem allein der Profit regiert.“

**Fotoausstellung „in. sight“.** Garantiert digitalfreie Fotografien von und mit **Malte P. Codenys**

Vernissage: **27. Februar 2017**, 17 Uhr; Kreisgeschäftsstelle Strausberg. *Schirmherren Bettina Fortunato und Marco Büchel (beide MdB Brandenburg)*